

239/2005

Stuttgart, den 05.08.05

Mülltourismus auf der Straße – zig Tausend Tonnen rollen durchs Land

Landesregierung bleibt bei Verlagerung von Mülltransporten auf die Schiene untätig

Die Grünen im Landtag werfen der Landesregierung Gleichgültigkeit und Untätigkeit bei der Bewältigung des erhöhten Mülltransportaufkommens im Land vor. Seit dem 1. Juli dieses Jahres darf Restmüll aufgrund der vom Bund erlassenen TA Siedlungsabfall nicht mehr unbehandelt auf die Deponie gekippt werden. Die neuen Anforderungen machen es notwendig, dass die anfallenden Siedlungsabfälle zu biologisch-mechanischen Behandlungsanlagen oder zu Verbrennungsanlagen transportiert werden. Die Wege zu diesen Anlagen sind wesentlich weiter als in der Vergangenheit zur nächsten Deponie. Damit wird Schienentransport technisch und wirtschaftlich attraktiv.

Ein Antrag der Grünen im Landtag (DRS 13/4412) hat gezeigt, dass der Schienentransport dennoch kaum eine Rolle spielt. Lediglich drei Landkreise transportieren bislang ihre Abfälle mit der Bahn. Bis 2007 sollen weitere sieben hinzukommen. 30 Stadt- und Landkreise haben sich für den Straßentransport entschieden. Davon transportieren 16 Gebietskörperschaften insgesamt hunderttausende von Tonnen ihres jährlich anfallenden Abfalls über Distanzen von mehr als 50km (Beispiele: LK Ludwigsburg 80.000 Tonnen/Jahr; Zollernalbkreis 30.000 Tonnen/Jahr; LK Reutlingen/Tübingen 71.000 Tonnen/Jahr) bis zur Behandlungsanlage und sind damit in einem Entfernungsbereich für den sich ein Bahntransport anbietet. „Allein im Falle Tübingen/Reutlingen – so der

umweltpolitische Sprecher der Landtagsgrünen, Boris Palmer, hätte dies in den kommenden Jahren rund 2500 LKW-Transporte pro Jahr Richtung Stuttgart zur Folge.“

Eines der Probleme besteht in der oftmals fehlenden Anliefermöglichkeit für Schienenfahrzeuge, obwohl viele Behandlungsanlagen in der Nähe von Gleisen errichtet wurden. Um den Schienentransport möglich zu machen, ist hier eine gezielte Förderung zum Ausbau von Anlieferanlagen notwendig. In der Antwort auf die Initiative des Tübinger Abgeordneten der Grünen musste die Landesregierung jedoch einräumen, dass sie in den letzten Jahren keinen einzigen Euro für die Errichtung solcher Verladeanlagen bereit gestellt hat und vier vorliegende Förderanträge abschlägig beschieden wurden. Boris Palmer hält diesen Zustand für absolut unbefriedigend „Wenn es nicht einmal gelingt, den Müll auf der Schiene zu transportieren, können wir den Schienengüterverkehr einstellen. Abfall fällt in großen Mengen an, hat immer dasselbe Ziel und kann schließlich kaum verderben. Dass die Landesregierung dem jetzt einsetzenden Mülltourismus auf den Straßen nichts entgegengesetzt hat, ist bescheiden und macht die Zielsetzungen des Umweltplans erneut unglaubwürdig.“

Einen Bedarf an Umschlaganlagen für Müll gibt es mittlerweile ganz unbestreitbar. Die Landesregierung räumt in ihrer Stellungnahme ein, dass ihr hierfür vier Förderanträge vorliegen. Die Grünen fordern nun ein zeitlich befristetes Förderprogramm für die Errichtung solcher Anlagen aufzulegen. Palmer: „Wenn die Verlademöglichkeit besteht, ist der Schienenverkehr meist wirtschaftlicher als die Straße. Umweltfreundlicher ist er sowieso. Hier gibt es einen Bedarf für Infrastruktur, der gedeckt werden muss.“